Deutsche Ausgabe. Für die Tschechoslowakei gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 159
10. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Vor einem schweren Kampf der Ruhrbergarbeiter. Von Maslowski 1355
Deutschland
Eine Sebstdemaskierung Hilferdings 1356
Die Aktion des französischen Proletariats zur Unterstützung der deutschen Revolution 1356
Politik.
Zu dem bewaffneten Aufstand in Bulgarien. Von Berlow 1357
Aus Sowjetrußland.
Die außenpolitische Bedeutung der landwirtschaftlichen Ausstellung. Von Tschitscherin 1358
Wirtschaft.
Wieviel Getreide kann Sowjetrußland exportieren? Von Rubiner 1359
Die Arbeitslosigkeit in Frankreich. Von Levy . . . 1360
Arbeiterbewegung.
Der Gewerkschaftskongreß von Rumänien. Von Badulescu 1360
Weißer Schrecken.
Der Dato-Prozeß 1361
Rote Hilfe.
Die Hilfe der französischen Genossen für die gefangenen kämpfer 1361
Proletarische Kunst.
„Proletkino." Von Wallenius 1362
Buchbesprechung.
„Kinderheime und Arbeitsschulen" in Sowjetrußand . . 1362

Vor einem schweren Kampf der Ruhrbergarbeiter

Von Peter Maslowski (Essen).

** Die von der Regierung und der Schwerindustrie unter hervorragender Begünstigung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbürokratie beschlossene Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr wächst sich stündlich mehr zu einer **gewaltigen und brutalen Kapitalsoffensive** einer bereits einig auftretenden **deutsch-französischen Ausbeuterkoalition aus.** Französische Generale und deutsche Grubenbarone stehen einheitlich auf dem Standpunkt, daß nach der „Faulenzerei" des passiven Widerstandes jetzt wieder eine „gründliche Arbeitsdisziplin" in den Gruben eintreten muß. Schon werden neue französische Truppen ins Ruhrrevier beordert, und die von den französischen Besatzungsbehörden erst vor kurzem zugelassene blaue Polizei ist überall außerordentlich verstärkt worden. Jeder weiß, was dies bedeutet. Man bereitet sich für alle Eventualitäten vor. Man weiß, daß die beabsichtigten Maßnahmen zur restlosen Versklavung und Knebelung der Bergarbeiter einen Sturm der Entrüstung und unausbleibliche Verteidigungskämpfe des Bergproletariats auslösen müssen. Darum sind sich die deutschen Kapitalisten mit ihren angeblichen Todfeinden von gestern — den französischen Imperialisten — darüber einig, französische Bajonette und deutsche Polizeiknüppel gemeinsam gegen die rebellierenden Arbeiter anzuwenden.

Das Hauptziel der französischen Generale und der deutschen Grubenbarone besteht darin, die **Förderung** in den auf Kosten des Reiches für die Höchstproduktion eingerichteten Gruben **durch eine außerordentliche Verlängerung der Arbeitszeit unter und über Tage zu steigern.** In den ersten Tagen der Aufgabe des passiven Widerstandes wagte man sich zunächst nicht recht heraus mit der Sprache. Die französischen Generale wollten gern die Rolle der „Befreier" weiterspielen, indem sie den deutschen Grubenherren die alleinige Schuld an der Verlängerung der Arbeitszeit zuschoben. Diese wiederum hätten ihrerseits am liebsten gesehen, wenn ein französisches Militärdiktat mit der Bestimmung der zehnstündigen Arbeitszeit erfolgt wäre, damit sie zur Irreführung der Arbeiter die üble Komödie der „nationalen Einheitsfront" noch weiter hätten spielen können.

Den ersten raffinierten Vorstoß unternahmen die Grubenkapitalisten, und zwar in der Form, daß sie durch das WTB. verkünden ließen, General Degoutte hätte die Arbeitsaufnahme von der Bedingung der **Abschaffung der Betriebsräte, der generellen Einführung des Zehnstundentages** und der **Militarisierung der Betriebe** abhängig gemacht. Prompt dementierte General Degoutte diese Meldung durch Maueranschlag. Er denke nicht daran, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu beseitigen, er halte fest an dem Achtstundentag, und alles andere sei Schwindel. Die Plakate wurden noch von den französischen Soldaten an alle Mauern geklebt, da ging schon die Meldung durch die Presse, wonach die Herren **Stinnes, Vögler, Klöckner** und der **Bergwerksdirektor von Velsen** nach Rücksprache mit **Krupp,** der bekanntlich im „Gefängnis" sitzt (nämlich in der eigens für ihn aufs komfortabelste eingerichteten Gefängnisdirektor-Wohnung in Düsseldorf), **mit General Degoutte über die Bedingung der Arbeitsaufnahme verhandelt haben.** Diese Konferenz war am Sonnabend, den 6. Oktober. Am nächsten Montag prangten schon an allen Zechentoren des Ruhrreviers Bekanntmachungen des Inhalts, daß ab Dienstag, den 9. Oktober die **Arbeitszeit unter Tage auf acht Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt** festgesetzt sei, daß die **Uebertage-Arbeiter in Zukunft 12 Stunden** zu arbeiten hätten, und daß die bisher bezahlten Löhne in derselben Höhe weitergezahlt werden sollen. Gleichzeitig ließ man von seiten der Direktionen auf vielen Zechen erklären, daß trotz der Verlängerung der Arbeitszeit eine **Feierschicht ohne jede Bezahlung** eingelegt werden müßte.

Jeder Bergmann mit gesundem Menschenverstand erkannte sofort das erbärmliche und **abgekartete Spiel,** das hinter den Kulissen von den französischen Generalen und den deutschen Grubengewaltigen mit verteilten Rollen gespielt wird. Hinzu kommt noch, daß auch die Umstände, die zur Zusammenleimung der Großen Koalition geführt haben, bei den Bergarbeitern die Ueberzeugung auslösen, daß in erster Linie ihnen die Kosten der Ruhraktion in der Form von Ueberarbeit auferlegt werden sollen. Jeder Bergmann an der Ruhr erkennt also, daß er **verraten und verkauft worden ist.** Er ist nicht mehr der Liebling der deutschen Bourgeoisie, die ihn ob seines „heldenmütigen Verhaltens" während des passiven Widerstandes lobt, er ist nicht mehr der „arme, von Stinnes geknechtete Arbeiter", den nur das französische Bajonett erlösen kann — er ist jetzt nur noch für alle Kapitalisten jenes nützliche Lasttier, das bis zum Verrecken schuften soll für die Profite, **über deren Verteilung man sich deutscher- und französischerseits geeinigt hat.**

Ein nur in den ersten Monaten der Revolution erlebter Sturm der Empörung geht durch das schwarze Revier. Der Massenunwillen der Ruhrbergarbeiter ist so gewaltig und so einheitlich, daß es selbst die reformistischen und gelben Bergarbeiterorganisationen nicht wagen, die Annahme des brutalen Diktates zu empfehlen. Ein Riesenkampf scheint unausbleiblich, da auch — angesichts der Tatsache, daß sich die Unternehmer über alle Arbeitsordnungen, Tarifverträge, Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und der Gesetze über die Arbeitszeit im Bergbau hinweggesetzt haben — die Palliativmittelchen der Arbeitsgemeinschaftspolitik abgewirtschaftet sind. In dem Moment, wo die Kapitalisten die Vereinbarungen der Arbeitsgemeinschaft glatt zerreißen, wird es auch dem letzten Bergarbeiter klar, daß es nur noch einen Kampf um Sein oder Nichtsein gibt. Das ist jedenfalls die Grundstimmung, die in den Massen des Ruhrbergproletariats herrscht. Und vorläufig trägt auch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie dieser Stimmung Rechnung, indem sie zum direkten Widerstand gegen das Diktat auffordert. Ob sie freilich nicht doch noch nach berühmten Muster der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im letzten Moment umfallen wird, das ist eine andere Frage. Auf alle Fälle stehen die Kommunistische Partei und die Union der Hand- und Kopfarbeiter, als die stärkste Bergarbeiterorganisation an der Ruhr, in innigster Aktionsgemeinschaft auf ihrem Posten. Sie werden, wie immer sich die Dinge entwickeln mögen, in dem Bewußtsein, daß es den deutsch-französischen Ausbeutern diesmal ums Ganze geht, nicht zulassen, daß der Kampfeswille der Bergarbeitermassen durch faule Kompromisse gebrochen wird.

Ihrer Pflicht gemäß hat sich zunächst die Union an alle übrigen Bergarbeiterorganisationen mit der Aufforderung gewandt, mit ihr zusammen über die Schritte zu beraten, die in dieser Situation notwendig sind. Sie selbst tritt ein für die Vorbereitung eines Generalstreiks der Ruhrbergarbeiter zur Abwehr der gefährlichsten Offensive des Kapitals, die jemals gegen das Bergproletariat unternommen worden ist.

Deutschland

Eine Selbstdemaskierung Hilferdings.

Anmerkung der Redaktion: Die unten wiedergegebene Bankrotterklärung der Politik, die Noske, Hilferding, Ebert und die anderen Führer der Sozialdemokratie bis heute trieben, braucht eigentlich kein Kommentar. Wir fragen indessen: Was hat Hilferding mit seinen Freunden getan, als die Kommunisten auf die Gefahr der Gegenrevolution hinwiesen? Die gemeinsamen proletarischen Abwehrhundertschaften gegen die Faschisten waren für ihn militärische Kinderspielerei der „bankrotten Moskauer Jünglinge". Als die Kommunisten in der nationalen Frage den faschistischen Stier an den Hörnern packten, da schrien sie über die „Verbrüderung der Bolschewiki mit den Nationalsozialisten". Der Generalstreik als Abwehrmittel gegen die Gegenrevolution wurde mit einer nervösen Handbewegung als kommunistisches Allheilmittel verspottet.

Was noch charakteristischer ist: Die guten Demokraten, die im Jahre 1919 zwanzigtausend Arbeiter hinmorden ließen, weil sie die proletarische Diktatur verlangten, finden jetzt, daß die Demokratie nur durch die Diktatur eines kaiserlichen Generals geschützt werden kann. Und nachdem infolge all ihrer Taten die Gegenrevolution in ihrer unmittelbar bedrohlichen Größe vor der Tür steht und sich das Proletariat, auch das sozialdemokratische, in zwölfter Stunde aufrafft und zur Wehr setzen will, da kommt Hilferding und mit einer plötzlichen Aufrichtigkeit, die darauf zugeschnitten ist, den in den Kampf Ziehenden Niedergeschlagenheit und Zaghaftigkeit einzuimpfen, erklärt er: Es ist schon zu spät! Die anderen sind stärker! Nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern ist die Sozialdemokratie bereits geschlagen.

Unsere ganze Sympathie gehört denjenigen, die, wie der „Vorwärts" berichtet, diese Ausführungen eines Bankrotteurs der Revolution mit ungeheurer Erregung entgegennahmen. Und hätten die 15 Millionen deutschen Proleten die Rede Hilferdings hören können, so hätten sie ihn ebenfalls am Sprechen verhindert.

In der ganzen Rede Hilferdings ist kein Lichtpunkt zu entdecken. Er sieht nicht, daß Sowjetrußland, dessen Taktik er ununterbrochen bekämpfte, heute stärker dasteht als je. Er sieht nicht, daß in den großen Ländern zwar die Sozialdemokratie geschlagen wurde, aber an ihrer Stelle die großen kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens traten und das Proletariat in den Kampf führen, den die Sozialdemokratie gegen die Bourgeoisie nicht führen wollte. Und der Verlauf des Bezirksparteitages der VSPD. Berlin-Brandenburg zeigt uns, daß die Massen in diesem Kampfe nicht mehr den Parolen der Hilferdinge, sondern der Kommunistischen Partei Deutschlands folgen und mit ihr zusammen der Gegenrevolution die starke proletarische Faust bieten werden.

„Den Faschisten stände eine unbewaffnete Arbeiterschaft gegenüber. Reichswehr, unterstützt von Organisationen, die bewaffnet, gut ausgerüstet und geführt sind. (Zurufe.) Geben wir uns doch keinen Illusionen hin. Wir sind die Schwächeren, weil Studenten, weite Kreise der Intellektuellen, heute mutiger sind als die Arbeiterschaft. Sie sind besser geführt. (Große Unruhe. Zurufe: Und unsere Führer?)

Der Versammlung, die bisher lautlos den Ausführungen des Genossen Hilferding gelauscht hatte, bemächtigt sich eine ungeheure Unruhe. Erregte Diskussionen unter den Delegierten und den Zuhörern machen jede weitere Verhandlung zunächst unmöglich.

Genosse Hilferding tritt vor, schlägt mit der Faust auf das Rednerpult und ruft mit großer Errregung: Es ist ein Skandal, wie Sie sich benehmen, das wollen Funktionäre sein.

Genosse Hilferding (fortfahrend): Der Einfluß, den wir auf die Massen haben, ist geringer geworden. Unsere Presse geht zurück. (Zuruf: Wenn sie so schreibt wie der „Vorwärts"!) Nein, auch dort geht sie zurück, und gerade dort, wo sie radikal redigiert ist. Auch der Einfluß der Gewerkschaftspresse vermindert sich ständig. Die Gewerkschaften selbst sind durch die Spaltungsarbeit der Kommunisten außerordentlich geschwächt worden. Wir wissen, daß ein großer Teil derjenigen, die 1918/19 aus dem Felde zurückkehrten, sich indifferent und unaufgeklärt der politischen Bewegung anschlossen, heute im nationalsozialistischen Lager stehen. (Zustimmung.)

Man hat den Leuten immer und immer wieder gesagt, daß die Führer nichts taugten. Wie soll da Vertrauen zu den Führern entstehen! So steht es in der Partei und in den Gewerkschaften. Genossen, wir wollen uns keine Illusion vormachen. Was wir jetzt erleben, ist keine deutsche Erscheinung. Guckt Euch doch in der Welt um. Ueberall seht ihr die Zerschlagung der Sozialdemokratie. Es gibt heute kein großes Land, in dem eine starke Sozialdemokratische Partei besteht. In England ist die große Labour Party nach ihrem Wahlsieg kaum noch in der Lage, ihr Tageblatt zu erhalten. In kleineren Ländern steht die Sozialdemokratie machtvoller da, weil diese Länder von den wirtschaftlichen Krisen weniger berührt wurden, und weil sie dort ihre Einheit erhalten konnte.

Wir denken viel zu wenig an die Aufgabe des Vertrauensmannes. Wir fassen sie in Deutschland falsch auf. Wenn wir beraten, dann ist die schwerste Kritik nicht nur zulässig, sondern unter Umständen Pflicht. Aber es ist notwendig, daß Kameradschaft herrsche, den andern objektiv anzuhören, und daß man das, was in den Beratungen herausgekommen ist, geschlossen vertritt. War es denn schon früher wirklich richtig, daß, wenn die Genossen Kautsky und Bernstein theoretische Meinungsverschiedenheiten auszutragen hatten, wir uns auf den Parteitagen die Köpfe einschlagen mußten? Aber damals war das dennoch verhältnismäßig harmlos. Damals war die Sozialdemokratie moralisch noch stark. Dann kam die Spaltung. Gegenseitige Bekämpfung, gegenseitiges Herunterreißen. Der Spaltung folgten weitere. Und die Folge war, daß die Arbeiterschaft, die aus dem Kriege zurückkehrte, kein Vertrauen mehr zur Führung hatte und sich nun den Nationalsozialisten zuwendet."

(Aus der Rede Hilferdings, gehalten am 8. Oktober 1923 auf dem Berliner Bezirksparteitag der VSPD., veröffentlicht im „Vorwärts" vom 9. Oktober.)

Die Aktion des französischen Proletariats zur Unterstützung der deutschen Revolution.

** Am 6. Oktober begann die Kampagne des französischen Aktionsausschusses zur Verteidigung des deutschen Proletariats mit einer Riesenversammlung in Paris. Die Versammlung wurde vom Genossen Tommasi mit einem Hinweis auf den Ernst der gegenwärtigen Situation eröffnet. Im Auftrage der ARAC sprach sodann Genosse Vaillant-Couturier. Er erinnerte an den Kongreß der Internationale der Kriegsteilnehmer, der kürzlich in Berlin abgehalten wurde. Der Redner hob weiter hervor: „Die französischen Soldaten im Ruhrgebiet wissen bereits, um was es geht. Man kann dort sehen, wie französische Soldaten bei Arbeiterdemonstrationen die rote Fahne begrüßen und sich sogar an die Spitze von Arbeiterkundgebungen stellen. Wir müssen diese Solidarität noch aktiver machen. Wenn wir ihr helfen, wird die deutsche Revolution triumphieren, der Zusammenschluß der

deutschen und der russischen Revolution wird einen entscheidenden Schritt vorwärts in der Geschichte der Befreiung der Arbeiterschaft bedeuten!"

Es sprach sodann Genosse **Cachin**, der über seine Eindrücke in Deutschland berichtete. Er schilderte das Ruhrabenteuer, die Tätigkeit des Reichstages, die Rolle der Reichswehr, den Putsch in Küstrin und die Fortschritte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Um die Lage in Deutschland zu charakterisieren, wies Cachin auf „jene unglücklichen Frauen in Berlin hin, die in der Nacht in der Umgebung Kartoffeln sammeln und sich dabei den Kugeln der Landwirte aussetzen. Wenn die Arbeiterklasse eines Landes soweit ist, dann hat sie nur noch eine Lösung, nämlich den Aufstand!"

Darauf gab Tommasi das Wort einem Vertreter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Der tschechoslowakische Genosse, der mit stürmischem Beifall begrüßt wurde, schilderte die internationale Situation und erklärte: „Wir, die Revolutionäre der Tschechoslowakei, wollen zusammen mit den französischen Arbeitern für den Sieg der deutschen Revolution kämpfen und damit den Sieg der proletarischen Revolution in ganz Europa vorbereiten."

Als letzter Redner sprach **Monmousseau**. Er schilderte die Aktion, die das französische Proletariat zu Beginn der Ruhrbesetzung einleitete: „Heute ist die Lage noch viel ernster. Die deutsche Revolution steht bevor, und ihr Schicksal liegt noch mehr in der Hand des französischen Proletariats als in der Hand des deutschen Proletariats. Wenn die deutschen Arbeiter ihren Kapitalismus besiegt haben werden, dann wird ihnen die Armee Poincarés entgegentreten. In diesem Augenblick wird es die französische Arbeiterklasse verhindern müssen, daß die französische Armee die deutsche Revolution erwürgt. Hören wir mit unseren Richtungsstreitigkeiten auf, und denken wir nur an die deutsche Revolution. Gestern war es unsere Aufgabe, die russische Revolution zu unterstützen, heute müssen wir die deutsche Revolution verteidigen. Wir müssen die entschiedensten Mittel anwenden, um zu verhindern, daß der französische Kapitalismus die deutsche Revolution mordet. Wir müssen überall die Parole des Generalstreiks verbreiten. Wir sind überzeugt, daß die französischen Arbeiter das äußerste aufbieten werden, um zur Befreiung der deutschen Arbeiter beizutragen."

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Pariser Arbeiterschaft, vereint in der Versammlung vom 6. Oktober, drückt ihre leidenschaftliche Sympathie für die deutschen Arbeiter aus, die im Kampf mit ihren Ausbeutern stehen. Die Ruhrbesetzung ist für das französische Proletariat der Anlaß der Teuerung und der schweren Steuern, die es bedrücken. Weit entfernt davon, Reparationen zu bringen, hat die Ruhrbesetzung nur die Lasten Frankreichs vermehrt. Das Ende des passiven Widerstands, das man als Sieg hinstellte, war nur ein Zeichen der Erschöpfung des Schuldners, den die Politik Poincarés noch weniger zahlungsfähig gemacht hat. Die Pariser Arbeiterschaft verurteilt die Wirksamkeit des französischen Imperialismus, der das Ruhrgebiet besetzte, nicht, um Reparationen zu erhalten, sondern um Deutschland zu zerstückeln, einen Teil des Landes zu annektieren, und um die Arbeiter des Ruhrgebiets im Interesse der französischen und deutschen Großindustriellen einem System der Unterdrückung und der politischen und wirtschaftlichen Versklavung zu unterwerfen. Die Pariser Arbeiter protestieren gegen die brutalen Maßregeln, deren Opfer die Ruhrarbeiter sind, und gegen das Eingreifen der Okkupations-Armee in soziale Konflikte. Die Pariser Arbeiter ermahnen das gesamte französische Proletariat, sich vorzubereiten, um unsere Regierung und unsere Generale daran zu hindern, daß sie gegen die bevorstehende deutsche Revolution vorgehen. Die Versammlung ermahnt die Soldaten, als Söhne des arbeitenden französischen Volkes ihre Pflicht gegenüber ihren Brüdern, den revolutionären Arbeitern Deutschlands, zu tun. Die Versammelten verpflichten sich zu kämpfen: **für die Räumung des Ruhrgebiets und des Rheinlands! für die Zahlung der Reparation durch die Kapitalisten und Kriegsgewinnler aller Länder! gegen die annektionistische Politik der französischen Regierung und gegen jede Intervention der französischen Armee gegen die deutsche Arbeiterrevolution!"**

Die Resolution schließt mit dem Ruf: **Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter!**

Das Aktionskomitee beabsichtigt, in den nächsten Tagen in einer großen Anzahl französischer Städte Versammlungen gleichen Charakters abzuhalten. Zunächst werden Versammlungen in Marseille, Lyon, Saint-Etienne, Dijon, Belfort, Mühlhausen, Reims, Troyes, Nancy, Metz, Straßburg, Kolmar, Le Havre, Rennes, Nantes, Limoges, Bordeaux, Toulouse, Amiens, Lille und Lens stattfinden.

Die Solidarität der französischen mit der deutschen Arbeiterschaft zeigte sich kürzlich bei folgender Gelegenheit: Das französische Kriegsgericht in Witten verurteilte zwei deutsche Genossen wegen kommunistischer Propaganda zu 6 bzw. 1 Monat Gefängnis und zu je 1000 Goldmark Geldstrafe. Wenn die beiden Genossen die tausend Goldmark nicht aufbringen, soll jeder von ihnen 3½ Jahre Gefängnis erhalten. Die „Humanité" hat nun einen Appell an die französischen Arbeiter erlassen, die 2000 Goldmark, gleich 7500 Francs, durch eine Sammlung aufzubringen. Am 7. Oktober waren bereits 3543 Francs zusammengebracht. In wenigen Tagen wird die gesamte Summe aufgebracht sein. Unter anderem schickten vier Pariser Arbeiter 20 Francs, wobei sie bemerkten: „Um unsere Genossen aus den Händen des gemeinsamen Feindes zu befreien." Einige Soldaten der Pariser Garnison schickten 10 Francs.

Politik

Zu dem bewaffneten Aufstand in Bulgarien.

Von Berlow (Sofia).

** Nur drei Monate nach dem viel besungenen Umsturz zeigte sich die bulgarische Bourgeoisie außerstande, eine „neue Epoche" in der Entwicklung Bulgariens anzubahnen. Die Kommunistische Partei erweiterte und vertiefte ihren Einfluß unter den Massen in den Städten und auf dem Lande in dem Maße, daß die neue politische Partei der bulgarischen Bourgeoisie — die „Eintracht der Demokratie" — sich entschloß, „einen Schritt nach links" zu tun. Es handelte sich dabei um die Reinigung der Regierung von den im Krieg und vor dem Kriege nur zu viel kompromittierten Nationalliberalen. Sie sollten einen Sündenbock auch für die bankrotte Politik aller bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien am Ende des Krieges und nach dem Waffenstillstand abgeben und darüber hinaus die Illusion erwecken, als ob die Regierung Zankow dem Volke wirklich näher kommt. Die Sozialdemokraten spielten die empörten und rebellierenden Unschuldigen. Mit den Nationalliberalen oder mit uns, sagten die Sozialdemokraten. Schweren Herzens entschloß sich die Regierung Zankow für die zweite Kombination: mit den Sozialdemokraten ohne die Nationalliberalen; schweren Herzens deshalb, weil ein großer Teil der Offiziere, die den Umsturz militärisch durchführten und heute noch hohe Verwaltungsposten bekleiden, Anhänger der Nationalliberalen Partei sind.

Dieser „Schritt nach links" konnte nicht genügen, um der Regierung einen einigermaßen günstigen Ausgang der Parlamentswahlen zu sichern. Deshalb wurde neben dem alltäglichen Terror eine großartige antikommunistische Aktion unternommen. Am 12. September früh wurden viele Tausende Parteifunktionäre gleichzeitig in allen Städten und größeren Dörfern verhaftet. Die Parteiklubs wurden geschlossen, der Parteiverlag versiegelt und die gesamte kommunistische Presse verboten. Diese Aktion stellte die Einleitung zur Auflösung der Partei und zur Uebergabe ihres Vermögens an die Sozialdemokraten nach dem jugoslawischen Muster dar. Inzwischen wuchs die Empörung der Volksmassen gegen die neue Auflage der alten räuberischen Politik der bürgerlichen Parteien. Der Bluff mit dem Austritt der Nationalliberalen konnte sie angesichts der brutalen Verwaltung und der Ausplünderungspolitik der „Großen Koalition" in Bulgarien nicht beirren, und der Stoß gegen die KPB. war der letzte Tropfen ins überfüllte Glas der Geduld.

In einer Sitzung des ZK. mit Vertretern aus allen Bezirken des Landes wurde festgestellt, daß die Regierung entschlossen ist, ihre letzten Schüsse gegen die KPB. abzugeben, ganz unabhängig davon, ob sie kämpfte oder nicht, daß weiter die große Empörung der Volksmassen die Eroberung von mindestens 3 Bezirksstädten in Süd- und Nordbulgarien möglich und dadurch die Einleitung zur Eroberung der gesamten Staatsmacht gegeben sein wird. Die Vertreter der einzelnen Bezirke erklärten, nicht gewillt zu sein, nach ihren Bezirken zurückzureisen, ohne einen Beschluß für den bewaffneten Aufstand mitzubringen, und versprachen, die Bezirksstädte in kürzester Frist in ihre Hände zu bekommen. Demgemäß wurde auch beschlossen, daß am 22. September abends in allen Ortschaften zum Aufstand übergegangen werden soll. Nur Sofia sollte warten, weil dort alle Kräfte der Regierung konzentriert waren und es notwendig erschien, sie zu zersplittern und nach außen zu locken. Noch vor diesem Tage hatten sich viele Aufstände entwickelt und ihre schnelle Verbreitung am 17. zwang die Regierung, mit dem ZK. einen Kontakt zu suchen, um einen Waffenstillstand herbeizuführen. Seitens des ZK. wurden als Vorbedingungen folgende Forderungen aufgestellt: 1. Befreiung aller nach dem 9. Juni Verurteilten und Verhafteten; 2. Ablehnung der Entwaffnung von Aufständischen. Das ZK. konnte sich natürlich nicht auf die Loyalität der Regierung verlassen und hinderte den Gang des

Aufstandes nicht. Der Hauptaufstand brach in allen Bezirken aus, aber er trug von vornherein zwei Mängel in sich.

Einmal war der Ausbruch nicht ganz geschlossen; viele Dörfer hatten sich schon am 14. und 15. September erhoben, ohne aber eine Erweiterung ihrer Basis zu erreichen; auf der anderen Seite erhoben sich die Arbeiter in vielen Städten nicht rechtzeitig, sondern warteten ab. Es ist merkwürdig, daß im allgemeinen die Bauern (natürlich unter ihnen am meisten die Kommunisten) eine größere Aktivität gezeigt haben, als die städtischen Arbeiter.

Zweitens bewegten sich die Handlungen der Aufständischen auf der Linie des kleinsten Widerstandes: sie stürmten nicht die Bezirksstädte, sondern sie begnügten sich mit der Eroberung kleinerer Ortschaften, ja sogar einzelner Dörfer. In den Bezirksstädten hätten sie aber Waffen und Leute zur Bildung großzügiger Rotarmistentrupps finden können, hätten besser miteinander in Verbindung treten und sich überhaupt dort eine sichere und stabilere Basis schaffen können. Dadurch wäre auch die Möglichkeit gegeben gewesen, den Feind zu paralysieren, d. h., man hätte ihn der Möglichkeit beraubt, Freiwilligentrupps zu sammeln und sie gut auszurüsten. Weil dies aber nicht zutraf, konnten die Regierung und die lokalen Behörden allmählich die Aufstände in den einzelnen Ortschaften niederschlagen.

Die Wurzel dieser Mängel lag erstens in der Notwendigkeit, den Schlag der Regierung zu parieren, koste es was es wolle; denn auch bei weitgehendster Passivität der KPB. wären Schläge auf sie niedergegangen, wie es auch jetzt geschieht. Die Regierung ihrerseits konnte die Parlamentswahlen, die sie zum 4. November ausgeschrieben hatte, nicht stattfinden lassen, bevor sie nicht den einzigen inneren Feind — die KPB. — unschädlich machte. Außerdem riefen der große Terror der „demokratischen" Regierung und die ständigen Verfolgungen jene Ungeduld in den einzelnen Organisationen hervor, die den voreiligen Ausbruch des bewaffneten Aufstandes veranlaßten. Als das ZK. zu entscheiden hatte, ob man den Aufstand proklamieren soll, befanden sich schon verschiedene Ortschaften mitten im Aufstand, und es entstand die Gefahr einer Zersplitterung der ganzen Bewegung. So war es notwendig, daß — bevor ein ausführlicher Plan ausgearbeitet war, bevor alle Maßnahmen zur Bewaffnung der Bevölkerung getroffen worden waren — die Parole zum allgemeinen bewaffneten Aufstand am 16. d. M. herausgegeben wurde.

Auf der anderen Seite konnte die Regierung, dank dem Verrat mancher sympathisierender Mazedonier-Autonomisten, die Aktivität der städtischen Arbeiter in großem Umfange durch ungeheure Massenverhaftungen lähmen. So z. B. wurden in Sofia allein 1200 Mann verhaftet, so daß einzelne Werkstätten und Fabriken stillgelegt werden mußten, weil ihr Personal verhaftet war. Dasselbe geschah in Philippopel, Pleve, Samokow usw. Die kommunistischen Trupps aus den Dörfern wagten es wegen der mangelhaften Bewaffnung und des Fehlens jeder Regung der Arbeiter in den Städten nicht, einen Sturm auf die entsprechende Bezirksstadt zu unternehmen. Der wichtigste Ort im Lande, die Hauptstadt Sofia, machte absolut keinen Versuch, auch nur eine Ablenkung der Kräfte der Regierung von den Strafexpeditionen auf dem Lande herbeizuführen. Im Gegenteil, die Regierung konnte in Sofia wie in jeder Bezirksstadt völlig ungestört Freiwilligentrupps bilden, die regierungstreuen Reserveoffiziere mobilisieren und gemischte Gruppen von Soldaten und „Milizsoldaten" bilden. Darauf ist auch die Passivität der breiten Voksmassen zurückzuführen. Die ganze Aktion ruhte auf den Schultern der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder und wurde nur von den eng Sympathisierenden unterstützt.

Bedeutsamere Ereignisse in diesem in allen Kreisen ausgebrochenen Aufstande sind: die Verteidigung von Pestera, die trotz der Angriffe der Freiwilligen und der Mazedonier volle 12 Tage Kommune blieb; die Operationen des kommunistischen Trupps zwischen Benowitza und Ferdinand, an deren Spitze Kolarow und Dimitrow standen (es war die einzige mit einem Geschütz und 3 Maschinengewehren versehene Gruppe). Sie konnte volle 6 Tage einen viel stärkeren Gegner in Schach halten. Dann war da die Gruppe des Genossen Pastarmadjiew — Bürgermeister der Donaustadt Lom —, die die Verbindung mit der Gruppe bei Ferdinand erreichte. Auch dem Gen. Georgi Michailow gelang es, nach seiner Befreiung aus dem Kerker eine gut organisierte Gruppe zu bilden. In Süd-Bulgarien leistete die Gruppe um Stara-Zagora mit Petko Euew als Führer großen Widerstand. Ueberall haben die Kämpfe eine große Opferbereitschaft und Enthusiasmus gezeigt. Ueberall waren die kommunistischen Frauen und die kommunistische Jugend auf ihren Posten. Daher die große Wut der siegreichen Bourgeoisie gegen ganze Ortschaften, daher die gräßliche Niedermetzelung von Hunderten von Frauen, Kindern und Greisen in einzelnen Dörfern, daher die zwangsweise Auswanderung ganzer Ortschaften und die Strafexpeditionen der städtischen Lumpenbanditen.

Die Folgen des niedergeschlagenen Aufstandes werden für die Partei und für die breiten Massen des Volkes sehr schwer sein. Die Bourgeoisie, die zehn Tage lang vor dem Gespenst der Revolution zitterte, wird sich dafür rächen. Sie wird die „endgültige" Liquidation des Kommunismus erstreben, und alle Mittel werden ihr hierfür willkommen sein. Sie hetzt auf die gestrigen Kämpfer, sie hetzt auf die Verhafteten vom 12. September, sie droht gegen die Beamten-Kommunisten, gegen die Frauen und Kinder jedes Kommunisten. Die „Reinigung" der Post- und Telegraphenämter von den Kommunisten — meistens ihre besten Kräfte — ist durchgeführt. Man will das in allen Ressorts nachahmen. Die bürgerliche Presse verlangt sogar die systematische Vertreibung der Kommunisten aus den Privatbetrieben, ohne aber einen Modus gefunden zu haben, Mehrwert ohne Arbeit zu schaffen. Die Sozialdemokraten hoffen, von der Regierung das gesamte Parteivermögen geschenkt zu bekommen. Die persönlichen Angriffe gegen die Funktionäre der KPB., die Verleumdung der kämpfenden Arbeiter und Bauern, die antikommunistische Hetze — alles das wird in größtem Umfange und in bester Ausführung von der sozialdemokratischen Presse durchgeführt.

Gegenwärtig bemüht sich die bulgarische Bourgeoisie, außenpolitisch ihre Heuchelei vor der jugoslawischen Regierung fortzusetzen, indem sie alles mögliche gegen die mazedonischen Autonomisten zu unternehmen verspricht. Innenpolitisch will sie sich im November die parlamentarische Gesetzesmaschine für mindestens vier Jahre sichern und verhandelt deswegen geduldig mit den Sozialdemokraten über die Wahllisten. Die Sozialdemokraten möchten, wie es die letzten Nachrichten besagen, in den großen Städten keine gemeinsame Wahlliste mit den Bürgerlichen bilden. Vor den Arbeitern wollen sie noch mit einer „roten" Wahlliste auftreten, und zwar deshalb, weil erstens die Verbrüderung mit den Bankrotteuren von gestern bei den städtischen Arbeitern keine Popularität genießt und weil zweitens die kommunistischen Wahllisten mit allen Mitteln der Staatsmacht von den Urnen ferngehalten werden.

Das ZK. macht große Anstrengungen, die Verbindung mit den Organisationen wieder herzustellen und wird sich dieser Tage mit den Formen der zukünftigen Tätigkeit und der kommenden Kämpfe befassen.

Aus Sowjetrußland

Die außenpolitische Bedeutung der landwirtschaftlichen Ausstellung.

Rede des Genossen Tschitscherin auf der Ausstellung in Moskau.

** Mit jedem Tage kommt die riesige Bedeutung unserer Ausstellung für die internationale Lage Rußlands klarer zum Vorschein. Mit jedem Tage wird der Eindruck, den unsere Ausstellung in allen Ländern hervorbringt, tiefer und bewußter. Wenn wir die ausländische Presse und die Stimmen der politischen Funktionäre aller Länder verfolgen, sehen wir, daß die Ausstellung auf dem Gebiete unserer Beziehungen zu anderen Ländern von umwälzender Bedeutung ist. Vor einigen Monaten trat in unserer internationalen Lage eine gewisse Verschlechterung ein, die auf eine sozusagen „wirtschaftliche Enttäuschung" zurückzuführen ist. Jene Geschäftskreise, die mit uns in Handelsbeziehungen treten oder von uns Konzessionen erhalten wollten, fanden den Entwicklungsprozeß unserer wirtschaftlichen Lage allzu langsam.

Jetzt hat sich in dieser Hinsicht ein so radikaler Wandel vollzogen, daß man sagen kann, die Ausstellung ist der Anfang einer neuen Etappe in unseren internationalen Beziehungen. Die Ausstellung zeigte zum ersten Male allen Ländern der Welt, daß die Ordnung der Arbeiter- und Bauernmacht eine schöpferische und schaffende Ordnung ist. Bisher war die Meinung sehr verbreitet, daß wir von alten Vorräten leben, und daß wir uns, wenn diese Vorräte erschöpft wären, in der Lage eines völligen wirtschaftlichen Bankrotts befinden werden.

Indessen bewies unsere Ausstellung, daß wir uns bereits in der aufsteigenden Periode unserer Aufbautätigkeit befinden. Die Ausländer sind durch das Bild, das sich vor ihren Augen entfaltete, so überrascht, daß sie einstimmig erklären, sie hätten gar nicht geahnt, eine wie riesige positiv schaffende Arbeit in den Sowjetrepubliken vor sich geht. Schon allein die Einrichtung und Organisierung der Ausstellung stellen für sie einen Beweis dessen dar, was für ungeheure organisatorische Möglichkeiten in unserem Lande verborgen sind. Einige von ihnen, zum Beispiel der amerikanische Senator Lafolette, die ansehnlichste Persönlichkeit der sogenannten progressiven Gruppe, erklärte, daß er in Moskau am meisten durch den überall herrschenden organisatorischen Geist überrascht war, der in der

zunehmenden Organisiertheit der ganzen Gesellschaft zum Vorschein kommt. Unsere Ausstellung bildet außer ihrer ungeheuren pädagogischen Bedeutung ein vortreffliches Beispiel jener natürlichen Verbrüderung zwischen den Völkern, die ein Resultat unserer Ordnung ist.

Wir sagten immer, daß das Beispiel wichtiger als die Theorie, die Wirklichkeit wichtiger als das Wort ist. Unsere Republik ist ein Musterbeispiel für die Solidarität verschiedener Völker, und in dieser Beziehung spielt unsere Ausstellung eine große agitatorische Rolle für die ganze Welt.

Uns selbst berechtigt die Ausstellung zum Optimismus, da sie jene Möglichkeiten aufdeckt, die unsere Republik in sich birgt; dieses Bild großartiger Naturreichtümer, die noch auf ihre Entwicklung warten, überrascht alle Ausländer. Darüber schreiben schon die einflußreichen Organe aller Länder der Welt, und dadurch ändert sich das Verhältnis der Ausländer zu unserer Republik. Die Vertreter aller Länder sehen hier, was für Bodenschätze wir haben, wie unsere Forstwirtschaft aussieht, und wie sie sich in der nächsten Zukunft entwickeln kann, was unsere Landwirtschaft, unsere Baumwoll- und Seidenproduktion und alle anderen Gebiete unserer Wirtschaft geben können, die wir erst jetzt zu entwickeln beginnen, und die sich durch Anwendung neuer wissenschaftlicher Methoden in aller Breite entfalten und neue unerschöpfliche Reichtümer sowohl für unsere Republik, wie auch für die ganze Welt bieten werden.

Unsere Ausstellung ist für die ganze Welt und auch für uns selbst eine außerordentlich optimistische Anerkennung jener ungewöhnlich breiten wirtschaftlichen Entwicklung, vor der wir in der nächsten Zukunft stehen. Um so mehr müssen wir auf der Hut sein, um jene Ordnung zu verteidigen, die uns alle diese großartigen Möglichkeiten auf der Grundlage der befreiten Arbeit gewährt, und um so mehr müssen wir uns gegen jeden neuen Angriff der Weltreaktion, der sich gegen unsere Ordnung richtet, zur Wehr setzen. Und wenn wir jetzt sehen, wie sich die Wolken über Deutschland sammeln, muß uns jene Gleichmütigkeit überraschen, mit der die französische Regierung sich zur Möglichkeit einer inneren Krise Deutschlands stellt. Diese Gleichmütigkeit erklärt sich dadurch, daß die reaktionären Kräfte Frankreichs an die Möglichkeit großer Ereignisse in Deutschland gewisse, uns unbekannte Pläne knüpfen. Wenn sich die äußersten Monarchisten, die die deutsche Republik nicht anerkennen, in Nürnberg versammeln und ganz offen den nationalen Krieg verkünden, so zeigt das, daß diese monarchistischen Kräfte in Deutschland selbst irgendwelche Pläne vorbereiten, die sie bisher noch nicht hatten und die sie jetzt auf die außerordentliche Verschärfung der inneren Krise Deutschlands begründen. Diese Krise selbst ist das Resultat der europäischen Krise, die im Ruhrabenteuer zum Vorschein kam.

Wir dürfen nicht vergessen, daß eine Machtergreifung durch die äußerste Reaktion in Deutschland, die in der Weltreaktion eine Unterstützung finden würde, für uns eine neue Gefahr bedeutet. Und wir müssen uns für neue Gefahren und zu neuen Kämpfen vorbereiten. Diese widerspruchsvolle Lage ist das Charakteristischste des heutigen Augenblicks. Einerseits scheint ein Umschwung zur völligen Besserung unserer Beziehungen zu allen anderen Ländern vorhanden zu sein: die Geschäftskreise sehen, welche schöpferische Arbeit bei uns vor sich geht, wünschen mit uns geschäftliche Beziehungen anzuknüpfen und die politischen Beziehungen freundlicher zu gestalten. Auf der anderen Seite erhebt die äußerste Reaktion ihr Haupt und bereitet sich im Zusammenhange mit der schärfsten Zuspitzung der gesamteuropäischen Krise zu neuen Aktionen vor.

Und wir, die wir einerseits der wirtschaftlichen Annäherung anderer Länder entgegenkommen und der Meinung sind, daß uns diese Annäherung nicht nur einen großen Nutzen bringt, sondern unentbehrlich ist, müssen gleichzeitig in jedem Augenblick daran denken, daß wir uns vielleicht bald zum Schutze aller revolutionären Errungenschaften, die uns die Arbeiter- und Bauernordnung bietet, erheben müssen werden. Wir müssen auf der Hut sein und scharf beobachten, was die Weltreaktion und was die deutsche Reaktion tut, und welche gemeinsamen Pläne und Intrigen sie aushecken.

Wir dürfen in keiner einzigen Minute vergessen, daß wir die einzige Rote Republik, genauer gesagt, der einzige Bund Roter Republiken in der kapitalistischen Umgebung sind, daß die Gefahr noch nicht vorüber ist, und daß wir für diesen Kampf um unsere revolutionären Errungenschaften noch sehr, sehr viele Opfer bringen müssen werden.

Jedoch die ungeheuren Lebenskräfte, die die schöpferische Arbeit der Sowjetrepubliken zum Vorschein bringt, sind die Bürgschaft dafür, daß die werktätigen Massen der Sowjetrepubliken auch diese möglichen neuen Prüfungen ebenso siegreich bestehen werden, wie alle Prüfungen der Vergangenheit. Und mit diesem Glauben an die Zukunft können wir hier, angesichts all dieser Reichtümer, die unsere Ausstellung uns zeigt, mit voller Zuversicht sagen, daß wir für uns bereits eine neue Ordnung, die Ordnung der befreiten Arbeit errungen haben, und daß unsere Ordnung auch bald in anderen Ländern herrschen wird. Wir wissen, daß die Macht der Werktätigen gekommen ist, und daß sie nicht verschwinden wird!

Wirtschaft

Wieviel Getreide kann Sowjetrußland exportieren?

Von Frida Rubiner (Moskau).

** Die Ernte des Jahres 1923 ist untergebracht. Das Wetter des verflossenen Sommers war der russischen Landwirtschaft abhold. In Moskau und in ganz Nordrußland regnete es von Mitte Juni bis Ende August fast ununterbrochen. Der Regen hat die Qualität des Getreides besonders ungünstig beeinflußt: Der Roggen hat viel kleinere Körner gegeben als sonst. Noch schlimmer wirkten die heißen Winde im Süden Rußlands, in der Kirgisen-Republik an der untersten Wolga, im Don-Gebiet und in den hervorragend getreidetragenden Gouvernements Samara, Saratow, Tambow und Rjasan. Im Durchschnitt war der Ertrag der Hauptgetreidearten zwar um 36 Prozent höher als im Hungerjahre 1921, aber um 20 Prozent niedriger als im Vorjahre. Wenn im Vorjahre die wichtigsten Getreidearten einen Ertrag von 50,2 Pud pro Desjatine gaben, so beläuft sich der Ertrag dieses Jahres auf blos 42,3 Pud pro Desjatine. Im ganzen haben die ungünstigen Witterungsverhältnisse einen Getreideausfall von rund 130 Millionen Pud (über 2 Millionen Tonnen) bewirkt.

Aber dieser Ausfall in der Ernte hat der Landwirtschaft der Sowjetrepubliken nicht mehr Abbruch getan, als etwa ein Stein einen hohen Berg durch Herabrollen schädigt. Der Schaden, der durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse herbeigeführt wurde, ist durch die größere Anbaufläche vollauf ausgeglichen worden. Die Anbaufläche des Gesamtgebietes des Bundes der Sowjetrepubliken für 1922/23 verhält sich gegenüber der Anbaufläche von 1916 folgendermaßen: Die Wintersaaten — fast 84 Prozent, die Sommersaaten — 68,7 Prozent. Im Vergleich zu 1922 stieg besonders die Anbaufläche der Wintersaat, und zwar allein in Großrußland (RSFSR) von 13.442.400 Deßjatinen auf 16.605.000 Deßjatinen. Noch günstiger lagen die Verhältnisse für die Winteraussaaten: Hier haben wir für den ganzen Bund der Sowjetrepubliken eine Zunahme der Anbaufläche von 30.295.000 auf 37.215.000 Desjatinen zu verzeichnen. Auf die einzelnen Gebiete Sowjetrußlands verteilt, ergibt sich folgendes Bild der Zunahme der Anbaufläche:

Gebiet	Anbaufläche 1922 (in Tausend Desjatinen)	Anbaufläche 1923 (in Tausend Desjatinen)	Verhältnis in Proz.
Konsumier. Geb. *)	9.268	9.808	106
Produzier. Geb.	18.821	23.080	123
Südosten	3.716	4.693	126
Kirgisien	1.832	1.865	102
Sibirien	3.098	3.729	120
Ukraine	14.717	16.688	113
Für ganz Sowjetrußl.	51.452	59.863	116

Dies ist das Bild des stetigen Aufstiegs der russischen Landwirtschaft, wie es sich in der Zunahme der Anbaufläche ausdrückt.

Nettoertrag der wichtigsten Getreidearten.

Gebiet	Ertrag 1922 (in Millionen Pud)	Ertrag 1923 (in Millionen Pud)	Verhältnis in Proz.
Konsumierendes Gebiet	486	447	92
Produzierendes Gebiet	898	863	96
Südosten	239	226	94
Kirgisien	65	40	61
Sibirien	155	144	93
Ukraine	947	1039	110
Für ganz Sowjetrußland	2790 = über 44½ Mill.	2759 = über 44¼ Mill. Tonnen.	99

Also trotz der ungünstigen meteorologischen Verhältnisse, die sich auf den Ertrag des Getreides auswirkten, ist der Nettoertrag der wichtigsten Getreidearten im Bunde der Sowjetrepubliken in diesem Jahre fast das gleiche wie im vorigen Jahre.

*) Unter „konsumierendes Gebiet" versteht man die industriellen Gouvernements, die konzentrisch um Moskau liegen; das „produzierende Gebiet" besteht aus den agrarischen Gouvernements der RSFSR.

Die Ernte im Jahre 1923 hat Sowjetrußland eine Getreidemenge von 2,757 Millionen Pud oder über 44 Millionen Tonnen Getreide gebracht. Nicht alle Teile Sowjetrußlands waren von der Ernte gleich begünstigt. Obwohl in sämtlichen Teilen Rußlands eine Zunahme der Anbaufläche zu verzeichnen ist, hat nur die Ukraine eine Steigerung des Bruttoertrages gegenüber 1922. Die Kirgisen-Republik, wo die Folgen der kaum überstandenen Hungerjahre noch nicht ganz liquidiert sind, hat auch in diesem Jahre eine viel schlechtere Ernte gehabt als im Vorjahre. Die Ernte der Ukraine hat die durchschnittliche oder Mißernte der übrigen Teile ausgeglichen.

Wie verhält sich der Getreideertrag der Sowjetrepubliken zu ihrem Getreidebedarf? Der Bedarf beträgt für

Saaten	510 Millionen Pud
Ernährung der Bevölkerung .	1427 Millionen Pud
Viehfutter	304 Millionen Pud
Zusammen . .	2286 Millionen Pud

Es bleibt also von der Ernte dieses Jahres ein Getreideüberschuß von 471 Millionen Pud oder rund 7½ Millionen Tonnen übrig. Bringt man noch den Getreidebedarf der Städte in Abzug, der sich auf etwa 249 Millionen Pud (fast 4 Millionen Tonnen) beläuft, **so bleibt ein Ueberschuß von 222 Millionen Pud oder 3½ Millionen Tonnen frei verfügbar.**

Seit dem vorigen Jahre, als die Frage des Getreideexportes nach dem Auslande aktuell wurde, entfaltet die weißgardistische Presse eine darauf zugeschnittene Hetze gegen die Sowjetregierung: die Bolschewiki wollten Getreide nach dem Auslande ausführen, während die Hungersnot im eigenen Lande noch nicht liquidiert sei. Gewiß, es trifft zu, daß einzelne Teile Rußlands sogar jetzt noch einen Getreidemangel aufweisen. Zum Beispiel hat die Kirgisen-Republik eine Unterbilanz von 17 Millionen Pud und Sibirien eine Unterbilanz von 19 Millionen Pud Getreide **Das Gesamtbild der Getreidebilanz** ist folgendes:

(In Millionen Pud.)

Gebiet	Ueberschuß	Mangel
Produzierendes Gebiet	—	45
Konsumierendes Gebiet	—	157
Südosten	82	—
Kirgisen-Republik	—	17
Sibirien	—	19
Ukraine	378	—

Die Ukraine und der Südosten sind — mit einem Ueberschuß von insgesamt 460 Millionen Pud Getreide — die wirklichen Kornkammern Rußlands. Da die Ukraine, die RSFSR. und die anderen Teile des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein wirtschaftliches Ganze darstellen, so verbleibt diesem Wirtschaftsgebilde von der letzten Ernte tatsächlich ein Getreideüberschuß von 222 Millionen Pud.

Dazu kommt der noch im Lande vorhandene Rest der vorjährigen Ernte, der am 1. August 1923 auf 110 Millionen Pud geschätzt wurde. Das zentrale statistische Amt in Moskau schätzt die Vorräte der Organisationen, die über die Getreidevorräte keine Angaben gemacht haben, zusammen mit den registrierten Getreideresten auf 180 Millionen Pud. Im gegenwärtigen Moment hat also Sowjetrußland einen **Getreideüberschuß von 400 Millionen Pud oder fast 6½ Millionen Tonnen.**

Sechseinhalb Millionen Tonnen Getreide kann Sowjetrußland exportieren. Sechseinhalb Millionen Tonnen Getreide — das ist der Ueberschuß, den die russische Landwirtschaft im 6. Revolutionsjahre, nach den fürchterlichen Verheerungen des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges, nach den Jahren des Zarismus, nach den Jahren der katastrophalen Hungersnot, erübrigen kann. Die Getreidemengen, die das russische Proletariat für die vom Erdbeben getroffenen Proletarier Japans oder durch die „Rote Hilfe" für die politischen Gefangenen Deutschlands bisher geschickt haben, stellen nur einen kleinen Bruchteil dessen dar, was Sowjetrußland an Getreide ausführen kann.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Von Georges Lévy (Paris).

** Es ist nicht möglich, die Zahl der Erwerbslosen in Frankreich genau festzustellen. Denn der amtliche Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes, der jeden Sonnabend erscheint, gibt nur die Zahlen der Arbeitslosen wieder, die Erwerbslosenunterstützung beziehen. Eine solche Unterstützung wird aber nur in einem Teil der Gemeinden Frankreichs ausbezahlt. Ferner erfolgt die Auszahlung nur drei Monate lang. Ein Erwerbsloser, der keine Unterstützung empfängt, wird in der offiziellen Statistik nicht mitgeführt. Ebenso fehlt jede Statistik der Kurzarbeiter.

Wie weit die amtlichen Erwerbslosenziffern hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, mag folgende Tatsache veranschaulichen. Im Februar 1921 gab es nach der amtlichen Statistik in ganz Frankreich 47 000 Erwerbslose. Zu derselben Zeit schätzte jedoch der Arbeitsminister in der Kammer die Zahl der Arbeitslosen auf eine viertel Million. Im März 1921 gab die offizielle Statistik die Zahl der Arbeitslosen mit 91 000 an. Die Schätzungen der wirklichen Zahl gingen aber bis zu einer halben Million. Im ganzen kann man annehmen, daß die amtliche Statistik nur ein Fünftel der wirklichen Erwerbslosenziffer erfaßt.

Vor dem Kriege gab es in Frankreich in normalen Jahren etwa eine halbe Million Arbeitslose. Im Jahre 1918, als die Demobilmachung einsetzte, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich freilich 1 160 000. Im Laufe von zwei Jahren war diese Krise fast vollständig überwunden. Im Mai 1920 wurden nur noch 800 Erwerbslose unterstützt. Bis zum März 1921 stieg die Ziffer wieder allmählich auf 91 800 unterstützte Arbeitslose. Im Laufe des Jahres 1921 hat die Arbeitslosigkeit wieder nachgelassen. Im Dezember waren es nur noch 9 800.

Bei einer Gesamtziffer von 8½ Millionen Lohnempfängern zählt man in ganz Frankreich gegenwärtig nur 1423 Erwerbslose, die Unterstützung empfangen. In Paris empfangen 130 Personen Erwerbslosenunterstützung. Diese Besserung der Lage des Arbeitsmarktes im Vergleich zur Vorkriegszeit hat folgende Ursachen: Erstens der Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte infolge der Kriegsverluste, zweitens die Einführung des Achtstundentages und drittens die wirtschaftliche Erholung der letzten Zeit. Frankreich muß in weitem Umfang ausländische Arbeiter beschäftigen. Im Jahre 1922 haben die Vermittlungsbüros für ausländische Arbeiter 117 000 Arbeitern Beschäftigung verschafft. Dazu kommen noch 53 000 fremde Arbeiter, die durch die kommunalen Arbeitsnachweise direkt vermittelt wurden. Das sind zusammen 170 000 Arbeiter. Die 117 000 Arbeiter, die von den speziellen Arbeitsnachweisen für Ausländer vermittelt wurden, verteilen sich auf die einzelnen Nationalitäten folgendermaßen: Italiener 54 800, Polen 31 300, Spanier 9 200, Portugiesen 8 000, Russen 3 900, Belgier 3 200, Tschechoslowaken 1300, Nordafrikaner 700, Griechen 600. Der Rest verteilt sich auf verschiedene kleine Gruppen.

Arbeiterbewegung

Der Gewerkschaftskongreß von Rumänien.

Von A. I. Badulescu (Bukarest).

** Die Vorgänge, die sich auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß vom 16. bis 18. September abspielten, stehen wohl in der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung einzig da. Hatten die Gewerkschaften schon vor Monaten in ihren Mitgliederversammlungen verlangt, daß der Kongreß nicht in Cluj stattfindet, wo der Belagerungszustand noch herrscht, so kümmerten sich die Amsterdamer Führer kein Jota um den Willen der Gewerkschaftsmitglieder. Das Bestreben und der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ging dahin, über solche dem Proletariat viel näher liegende Fragen zu beraten, wie die Offensive des Kapitals, und auf welchem Wege man gegen diesen Angriff der Reaktion ankämpfen könne. Statt dessen hielten die Gewerkschaftsführer die Frage des Anschlusses an Amsterdam so brennend, daß diese Frage als alleiniger Tagesordnungspunkt für den Kongreß angesetzt wurde, als dessen Tagungsort nach wie vor Cluj bestehen blieb.

Nicht nur, daß der Kongreß selbst unter der Aufsicht des Polizeipräfekten eröffnet wurde, nein, eine besondere Polizeiabteilung von etwa 100 Bukarester Polizeiagenten assistierte dem Kongreß. Die Konspirationen zwischen dem Gewerkschaftsführer Fluerasch und dem Polizeipräfekten setzten nicht aus. Noch vor der Eröffnung des Kongresses wurde unser Genosse Nagy Miklosch verhaftet. Miklosch war Delegierter, und so ging von vornherein ein Mandat von etwa 1000 Stimmen verloren.

Um ein unparteiisches Bild über den Verlauf des Kongresses selbst zu erhalten, wollen wir auf Grund eines Berichts, den der Sekretär des Banater Gewerkschaftsrates, Müller, verfaßt hat, feststellen, mit welchen Mitteln auf dem Kongreß gearbeitet wurde, um unter allen Umständen zu dem Ziel zu gelangen, das sich die reformistischen Führer gesetzt hatten. Müller ist zwar ein Anhänger des Gedankens der Einheitsfront, gehört aber nicht der Kommunistischen Partei an, sondern neigt vielmehr zu der Amsterdamer Richtung. Er ist also als Zeuge für den Verlauf des Kongresses absolut unverdächtig.

Die Beteiligung an dem Kongreß war außerordentlich stark. Nach einer warmen Begrüßung der Behörden und anwesenden

Polizei durch den selbstherrlichen Präsidenten wurden die verschiedenen Begrüßungstelegramme verlesen. Ein von den Kommunisten Bulgariens eingegangenes Begrüßungsschreiben wurde einfach unterschlagen. Der hiergegen protestierende Kommunist Pauker wurde vom Präsidenten aus dem Saal gewiesen und von der Polizei verhaftet. Auf Drängen des Präsidiums war der Präsident gezwungen, einen lahmen Protest gegen diese Verhaftung loszulassen. Der anwesende Polizeipräfekt erklärte jedoch, daß die Verhaftung auf Wunsch des Präsidenten angeordnet worden sei. Die Mandatsprüfungskommission setzte sich selbstverständlich nur aus Leuten zusammen, die das Vertrauen des Präsidenten besaßen. Ganz offensichtlich war es nur eine ganz geringe Minderheit, die für diese Mandatsprüfungskommission stimmte, aber der Präsident erklärte, ohne eine Gegenprobe vorzunehmen, die Vorgeschlagenen als gewählt. Entsprechend ihrer Zusammensetzung war auch die Arbeit dieser Mandatsprüfungskommission zu bewerten. Etwa 50 Mandate wurden — größtenteils unbegründet — als null und nichtig erklärt. Um die Opposition unter allen Umständen mundtot zu machen, brachte man sogar folgendes Kunststück zustande: Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission vertraten sämtliche anwesenden Delegierten insgesamt 52 100 Mitglieder. Nachdem aber eine Zählung der tatsächlich abgegebenen Stimmen im ganzen 53 900 vertretene Mitglieder ergab, wußte kein Mensch, wo die Differenz von 1800 Stimmen herkommt. Man „einigte" sich auf eine nochmalige Zählung der Stimmen, nachdem die vorgenommene Kontrolle bewiesen hatte, daß die Opposition über eine Mehrheit von etwa 700 Stimmen verfügte. Die Differenz von 1800 Stimmen war vorher der Gegenseite zugeschwindelt worden, um die Opposition von vornherein in die Minderheit zu setzen. Nun mußten die Reformisten mit anderen Mitteln arbeiten. Und so erklärte der Präsident ganz einfach, daß am nächsten Tage nur diejenigen zu der Sitzung erscheinen dürften, die für den Anschluß an Amsterdam stimmen wollen. Der Polizeipräfekt erhob sich und „empfahl" den Delegierten, die Weisung des Präsidenten zu „beherzigen", da er als Beauftragter des Präsidenten nur denjenigen Eintritt in den Sitzungssaal gewähren könne, die für den Anschluß an Amsterdam stimmen. Am anderen Tage führte die Polizei einen entsprechenden Kontrolldienst durch. Diejenigen, die es dennoch gewagt hatten, in der Sitzung zu erscheinen, ohne die Absicht zu haben, für den Anschluß an Amsterdam zu stimmen, wurden durch den Polizeipräfekten aufgefordert, im Laufe weniger Stunden Cluj zu verlassen. Als die Polizei von einer Sitzung Kenntnis erhielt, die die Zentralleitungsmitglieder des Verbandes der Bekleidungsarbeiter in einem anderen Lokale abhielten, wurden sämtliche Teilnehmer dieser Sitzung verhaftet und in das Polizeigefängnis abgeführt. Nach einigen Stunden wurden zwei der Verhafteten herausgegriffen. Man teilte ihnen mit, daß sie als verläßlich betrachtet werden, das heißt, daß sie für den Anschluß an Amsterdam stimmen würden, und an dem Kongreß weiter teilnehmen könnten. Die beiden Genossen stimmten allerdings nicht für den Anschluß, sondern mußten die Gelegenheit benutzen, um sich einer neuerlichen Verhaftung zu entziehen.

Soviel aus dem Bericht des Sekretärs des Banater Gewerkschaftsrates Müller.

Es ist ganz klar, daß unter diesen Umständen ein „einstimmiger" Beschluß für den Anschluß an Amsterdam herbeigeführt wurde. Aber die Herren dürften sich doch einigermaßen verrechnet haben. Noch am Tage nach dem Anschluß hat der neue rumänische Gewerkschaftsrat beschlossen, den Holzarbeiterverband, der vollständig auf seiten der Opposition steht, auszuschließen. An die noch auf dem Kongress ausgeschlossenen Gewerkschaften werden nun folgende Forderungen gestellt: Anerkennung des Kongresses und des Beschlusses des Anschlusses an Amsterdam; Anerkennung des neuen Generalrats und Ausschluß derjenigen Mitglieder aus den einzelnen Verbänden, die von den Vorständen der Verbände als für den Ausschluß reif bezeichnet werden. Hieraus geht lediglich hervor, daß sich die reformistischen Gewerkschaftsführer Rumäniens ob ihrer Heldentaten ganz und gar nicht wohl fühlen. Und schon sehen wir, wie die Protestbewegung innerhalb der Arbeiterschaft wächst. Eine ganze Anzahl von Mitgliederversammlungen hat Resolutionen gefaßt, in denen die Fortsetzung des Kampfes für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, für die Nichtanerkennung der Beschlüsse des Pseudogewerkschaftskongresses und für die Nichtanerkennung des dort gewählten Gewerkschaftsrates sowie für die Einberufung eines neuen Kongresses gefordert wird. Um die Opposition organisatorisch zusammenzuhalten, hat der Banater Gewerkschaftsrat beschlossen, einen Kongreß der oppositionellen Gewerkschaften zusammenzuberufen.

Der Kampf der Opposition ist jetzt schwieriger als je zuvor. Er wird aber durchgeführt werden, denn ein Abweichen von diesem Kampf würde einem Mord an der rumänischen Arbeiterbewegung gleichkommen.

Weisser Schrecken

Der Dato-Prozeß.

Das Todesurteil gegen Mateu und Nicolau beantragt.

** Am 1. Oktober begann in Madrid der Prozeß gegen die 8 Syndikalisten, die angeklagt waren, an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato sich beteiligt zu haben. Da die gegenwärtige Militärdiktatur in Spanien die Schwurgerichte abgeschafft hat, setzte sich der Gerichtshof aus 5 Berufsrichtern zusammen. Den Vorsitz führte ein Herr Martin Perez. Zu Beginn der Verhandlung protestierten die Verteidiger gegen die Abwesenheit der Geschworenen und forderten, daß man sofort dem Gesetz entsprechend Geschworene zur Stelle schaffe. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Nach 1½stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, daß der Einspruch der Verteidigung zurückgewiesen sei. Es begann nunmehr die Vernehmung des Angeklagten Mateu. Man hielt ihm das Geständnis vor, das er vor dem Untersuchungsrichter abgelegt hatte. Mateu widerrief das Geständnis und betonte, er habe seine Angaben nur gemacht, um die Polizei zu täuschen und um seinem Freunde Casanellas, der das Attentat auf Dato begangen hat, Zeit zur Flucht zu verschaffen.

Am 2. Oktober wurde Nicolau vernommen. Auch er dementierte die Geständnisse, die er angeblich vor der Berliner Polizei gemacht haben sollte. Er hob hervor, daß er mit dem Attentat nichts zu tun habe. Die Protokolle über seine Berliner Geständnisse seien auf deutsch abgefaßt, er verstehe kein Deutsch und wisse nicht, was in den Protokollen stände. Auch die übrigen 6 Angeklagten erklärten, daß sie unschuldig in die Angelegenheit verwickelt seien.

Der Angeklagte Nicolau hob ferner hervor, daß er bei seiner Vernehmung in Berlin von der Polizei mißhandelt wurde.

Für den Geist, in dem die Behörden Spaniens diesen Prozeß führen, ist charakteristisch, daß die Gefängnisverwaltung noch während des Prozesses die Angeklagten Mateu und Nicolau in die Zellen überführen ließ, die für die zum Tode verurteilten Verbrecher bestimmt sind.

Am 3. und 4. Oktober wurden die Belastungszeugen vernommen. Das Ergebnis ihrer Aussagen war für die Anklagebehörde kläglich. Als das Verhör der Belastungszeugen beendet war, erklärte die Verteidigung, daß sie auf sämtliche Entlastungszeugen verzichte, da keinerlei Beweismaterial gegen die Angeklagten vorliege. Daraufhin sagte der Staatsanwalt, daß er seine Auffassung ebenfalls geändert habe, er ersuche angesichts der veränderten Situation um Vertagung. Die Vertagung wurde darauf beschlossen.

Inzwischen beschloß der Vertreter der Anklage trotz des Ganges der Beweisaufnnahme, nicht nachzugeben. In der Verhandlung am 5. Oktober betantragte er **gegen Mateu und Nicolau die Todesstrafe!** Gegen die **übrigen Angeklagten beantragte er je 15 Jahre Gefängnis.** Die Gefahr, daß an den beiden Genossen der Justizmord vollzogen wird, ist also sehr groß. Der spanische syndikalistische Gewerkschaftsbund hat an die **Arbeiter aller** Länder einen Aufruf mit der Aufforderung gerichtet, **durch eine große Protestbewegung das Leben von Nicolau und Mateu zu retten.** Die spanischen Arbeiter mahnen in diesem Aufruf die Arbeiter der übrigen Länder: „Euer Protestschrei muß vor den Konsulaten und Gesandtschaften Spaniens ertönen. Organisiert Versammlungen, schickt Protesttelegramme an die Diktatoren, die Spanien regieren."

Rote Hilfe

Die Hilfe der französischen Genossen für die gefangenen Klassenkämpfer.

** Dem Sekretariat der „Internationalen Roten Hilfe" in Berlin ging von den Genossen aus Frankreich folgendes Schreiben zu:

Liebe Genossen!

Im Einverständnis mit dem Zentralkomitee der IRH. haben wir die Freude, Ihnen **beifolgend 3000 Franken zu überweisen.**

Wir sind glücklich, bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit zu haben, dem **deutschen Proletariat die ganze Solidarität der französischen Arbeiter auszudrücken.**

Wir hätten den Wunsch, die Opfer Ihres Kapitalismus noch mehr zu unterstützen, aber unsere Mittel sind leider sehr be-

grenzt. Sie müssen jedoch versichert sein, daß wir die nötige Propaganda machen werden, um die Hilfe in einem größeren Maßstabe fortsetzen zu können.

Empfangen Sie, liebe Genossen, unseren revolutionären Gruß. Sekretariat der Roten Hilfe.

Als Antwort auf diesen Brief richtete das Sekretariat der „Internationalen Roten Hilfe" am 5. Oktober das nachstehende Schreiben an das Zentralkomitee der Roten Hilfe in Frankreich:

Werte Genossen!

Das Zentralkomitee der Roten Hilfe hat von den französischen Genossen eine Spende von 3000 Franken bekommen, um die Opfer der Klassenjustiz zu unterstützen. Wir danken den Genossen für ihre reiche Spende und sind sicher, daß diese Aktion nicht nur eine materielle Erleichterung, sondern auch als reeller Ausdruck der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft der ganzen Welt eine große moralische Genugtuung bringen wird. Mögen doch die anderen Sektionen der Internationalen Roten Hilfe ebenso tatkräftig sein, dann wird diese Solidarität immer und immer neue Fäden bilden, die die Arbeiterschaft noch enger verbinden.

Proletarische Kunst

„Proletkino."

Von A. Wallenius.

** In Moskau existiert seit März dieses Jahres ein Kinounternehmen mit dem Namen „Proletkino". Die russische Kinoproduktion ist noch sehr schwach entwickelt, und die vom Auslande importierten Filme können den Ansprüchen des russischen Arbeiterpublikums keineswegs genügen. Die Tendenz und Ideologie der bürgerlichen Filme sind für die entwickelten, aktiv revolutionären Arbeiter in Rußland schon ein überwundenes Stadium. Bezeichnend ist, daß in Rußland schon viele Probleme des Kleinbürgertums keine Probleme mehr sind, und zwar nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter anderen Schichten der Bevölkerung. Zum Beispiel die Probleme eines Ibsens. Als man hier seine „Gespenster" sah, wirkten sie wie alte schon gestorbene Gedanken, die plötzlich in balsamierter Form auftauchen. Und das gewöhnliche Hauptstadtpublikum — also kein Arbeiterpublikum — lacht über die tragischen Konfliktursachen, die in Sowjetrußland selten Anlaß zu Konflikten geben. Und dieses Lachen ist in den meisten Fällen kein verständnisloses Lachen, sondern das Lachen eines Verstehenden.

Um einen neuen proletarischen Film zu schaffen, ist das Proletkino erstanden, aber das Proletkino stellt sich nicht nur diese, sondern auch die Aufgabe der aktiven revolutionären Propaganda und Agitation, und zwar nicht nur im russischen, sondern im internationalen Maßstabe.

Es ist also eine Riesenaufgabe, die das Proletkino zu lösen hat. Sie muß und wird gelöst werden, weil hinter dem Proletkino die größten Arbeiterorganisationen Rußlands und die beiden revolutionären Weltorganisationen — die Komintern und die RGI. — stehen.

Das Interesse der russischen Arbeiter — insbesondere das der kommunistischen Jugend — für das Proletkino ist schon so manchesmal zum Ausdruck gekommen. Der Mangel von organisatorisch und technisch ausgebildeten Kräften hat allerdings die Arbeit bisher erschwert. Aber jetzt sind die größten Schwierigkeiten überwunden — die Wirkung der Arbeit des Proletkino beginnt sich bereits zu zeigen. Um jedoch die Entwicklung des Proletkinos zu unterstützen und vorwärts zu treiben, ist es unbedingt notwendig, daß auch die Arbeiterschaft Europas und Amerikas der Idee des Proletkinos und der schon hierfür existierenden Organisation ein tieferes Interesse entgegenbringt, indem sie gegen den kapitalistischen, nationalistischen, imperialistischen und in anderen Formen korrumpierten bürgerlichen Film den Kampf aufnimmt und die Organisation „Proletkino" unmittelbar unterstützt.

Das Proletkino verfügt bereits über einen ziemlich verzweigten Verleihapparat für Filme und zwar auf dem Wege über die Gewerkschaften und Arbeitsplätze. Mehrere Filme eigener Produktion und mehr als hundert andere verschiedener Natur werden vom Proletkino in Rußland gespielt. Aber das ist bei weitem nicht genügend. Die Wirksamkeit des Proletkinos muß innerhalb der Grenzen des Sowjetbundes erweitert werden und muß sich auch über die Grenzen des Sowjetbundes hinaus erstrecken. In dieser Richtung hat die Internationale Arbeiterhilfe eine dankbare und große Aufgabe zu lösen.

Es kommt gegenwärtig vor allem darauf an, gute Bilder der Arbeiterbewegung und des Arbeiterlebens Europas und Amerikas nach Rußland zu schaffen und weiter dem Proletkino die Möglichkeit der Schaffung von Filmdramen und -komödien mit proletarischer Ideologie zu geben. Und nicht zuletzt muß den revolutionär-proletarischen Aufklärungsfilmen ein besonderes Interesse geschenkt werden, besonders auf dem Gebiete der sogenannten Industrie- und ökonomischen Filme. Auch die russischen und internationalen Chroniken der Arbeiterbewegung sollten vom Proletkino regelmäßig herausgegeben werden usw.

Wenn dem Proletariat in der gegenwärtigen Zeit auch viel größere und wichtigere Aufgaben bevorstehen, so müssen die Kräfte der internationalen Arbeiterklasse auch für diese Aufgabe mobil gemacht werden.

Buchbesprechung

„Kinderheime und Arbeitsschulen in Sowjetrußland."*)

Von G. G. L. Alexander.

** Unter diesem Titel hat die Internationale Arbeiter-Hilfe eine kleine Broschüre herausgegeben, in der über die Kinderheime der IAH. und ihre organisatorische und pädagogische Ausgestaltung berichtet wird. Eine Fülle von Material und Illustrationen geben einen Begriff von der großen moralischen und politischen Bedeutung des internationalen Hilfswerks der Arbeiterklasse. Die Bedeutung der Kinderheime geht weit über die Hungerhilfe hinaus. Die internationale Solidarität hat in diesen Kinderheimen Pflanz- und Versuchsstätten für eine neue soziale Pädagogik, für Gemeinschafts- und Produktionserziehung geschaffen. Auch von dem guten Stand der Körperpflege wird berichtet, z. B. in einem kleinen Artikel über das Kinderheim Nr. 34, dessen Gewichtstabelle aussagt, daß in drei Monaten auf jedes Kind 7,2 Pfund Gewichtszunahme (durchschnittlich) kommt.

In Briefen und Berichten schreiben die Kinder selbst über ihr Leben, ihre Erziehung durch Spiel und Arbeit; besonders interessant sind einige dieser Berichte, die von Formen der Selbsterziehung der Kinder erzählen, die da notwendig wurde, wo es an Lehrern und Erziehern mangelte. Alle Briefe und Berichte zeugen von einem lebendigen Leben, von einer engen Verbindung von Spiel, Arbeit und Belehrung. Zwei Artikel sind den Arbeitsschulen und den Lehrwerkstätten, in denen die Kinder produktive Arbeit erlernen und leisten, zum Teil für den Bedarf des Heims und auch für Aufträge, gewidmet.

Welche weittragende Bedeutung die Kinderheime als Erziehungsstätten für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft haben, sagen die Schlußworte des Heftchens, das allen Erziehern, Lehrern, Eltern und Elternbeiräten wertvolle Anregungen geben wird:

„Die politischen Aufgaben der heranwachsenden Mitglieder der Sowjetrepublik sind fast gleichbedeutend den wirtschaftlichen Aufgaben. Hier wie dort braucht man befähigte, gut ausgebildete Organisatoren und Fachleute. Darum erstreckt sich die Arbeitserziehung auch auf das Gebiet der Politik. Die gesamte Tätigkeit in der Erziehung der heranwachsenden jungen Mitglieder der Sowjetrepublik muß das ganze weite Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Sowjetrußlands umfassen.

Die Kinder, als Waisen in einer großen Gemeinschaft gesellschaftlich erzogen, müssen langsam hineinwachsen in den Produktionsprozeß ihrer Epoche mit allen sozialen Auswirkungen der revolutionären Periode. Das Resultat einer solchen Erziehungsarbeit werden klare und selbstbewußte Gemeinschaftsmenschen im Dienste des Weltproletariats sein."

*) Verlag der IAH., Berlin W 8, Unter den Linden 11.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.